

Ausprägung (CSU) unterschieden werden, die nationalistische untergliedert sich in eine national-fiskalische (AfD) und eine völkisch-identitäre Form (NPD).

Von besonderer Bedeutung ist der Befund, dass unterschiedliche ideologische Ausrichtungen von Parteien auch unterschiedliche Formen des Euroskeptizismus prägen. Mit anderen Worten: Es ist irreführend, von „dem“ Euroskeptizismus zu sprechen. Vielmehr ist es mit Blick auf die Parteien sinnvoller, den Begriff im Plural zu verwenden und fortan von „Euroskeptizismen“ zu reden. Sie alle verbinden ihre Kritik an der EU mit der Forderung nach nationalen oder subnationalen Korrekturen. Die ideologischen Hintergründe der Anti-EU-Haltungen weisen dabei aber, wie gezeigt, deutliche Unterschiede auf. Abschließend muss erwähnt werden, dass es sich bei der hier vorgestellten Klassifizierung lediglich um einen ersten Ansatz der Theoriebildung mit noch begrenzter Reichweite handelt. Ihr Sinn liegt – der Logik induktiv-qualitativen Arbeitens folgend – darin, die konzeptionelle Debatte über den Euroskeptizismus aus einer empirisch informierten Warte heraus neu zu beleben. In weiteren Studien müsste geprüft werden, ob sich die herausgearbeiteten Formen bei den nächsten Europawahlen bestätigen. So könnte man zu einer Weiterentwicklung der Typologie des Euroskeptizismus gelangen und vergleichende Arbeiten anregen.

Symbolisch oder echt? Die politische Beteiligung junger Erwachsener in Deutschland online und offline

Claudia Ritzi und Aiko Wagner

Die politische Beteiligung der Bürger¹ zählt zu den Grundfesten der Demokratie, weshalb der Verzicht einer wachsenden Zahl von Menschen auf die Nutzung politischer Partizipationsangebote heute eine ihrer größten Herausforderungen darstellt.² Problematisch ist eine solche Entwicklung insbesondere dann, hier sind sich beinahe alle demokratietheoretischen Schulen einig, wenn nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen politisch abstinent sind, sondern sich sozio-ökonomische Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt. Wie die Partizipationsforschung umfassend dokumentiert hat, ist jedoch genau dies in Deutschland und anderen OECD-Staaten in den letzten Jahren der Fall gewesen: Die Nutzung vor allem konventioneller politischer Partizipationsangebote ist rückläufig und durch ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet, wobei vor allem Bürger mit einem hohen Bildungsgrad und/oder Einkommen von den Partizipationsmöglichkeiten Gebrauch machen.³ Auch die Stärkung direktdemokratischer Instrumente konnte keine Abhilfe schaffen; sie scheint vielmehr sogar dazu zu

1 In diesem Beitrag wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist – wo nicht anders beschrieben – selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

2 Vgl. Wolfgang Merkel, Die Herausforderungen der Demokratie, in: *ders. (Hrsg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015, S. 7 – 42.

3 Vgl. Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit, Frankfurt am Main 2015; Britta Baumgarthen / Dieter Rucht, Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ einzigartig oder typisch?, in: *Frank Brettschneider / Wolfgang Schuster (Hrsg.), Stuttgart 21*, Wiesbaden 2013, S. 97 – 125.

führen, dass unter den Bürgern die Einflusschancen noch weiter zugunsten der ohnehin aktiven Gruppen verschoben werden.⁴

Sollen die Ideale der Selbstregierung sowie der politischen Gleichheit in der zeitgenössischen Demokratie nicht zu einem rechtlich kodifizierten Lippenbekenntnis werden, gilt es also, die politische Beteiligung der Bürger zu stärken, vor allem jener Bevölkerungsgruppen, die derzeit nicht oder nur selten politisch aktiv sind. Als wichtigster Hoffnungsträger gilt dabei das Internet: Durch die vielfältigen, meist einfach und bequem zu nutzenden Beteiligungsmöglichkeiten im World Wide Web (WWW) soll die Kluft zwischen den Partizipationsniveaus verschiedener sozio-ökonomischer Gruppen verringert werden.⁵ Zudem könnte das Internet dazu beitragen, die in vergleichsweise geringem Maße politisch aktive Gruppe der jungen Bürger zu mobilisieren⁶ – schließlich sind junge Erwachsene mittlerweile fast ausnahmslos mit großer Regelmäßigkeit und Selbstverständlichkeit online.⁷

Die politische Nutzung der neuen Medien wurde vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren vielfältig untersucht⁸, jedoch mangelt es an Analysen, die die Bedeutung des Internets im direkten Vergleich zu etablierten Beteiligungsformen erforschen und diskutieren.⁹ Zur Schließung dieser Forschungslücke soll hier eine empirische Untersuchung beitragen, die auf einer repräsentativen Befragung junger Erwachsener im Alter von 22 bis 35 Jahren in Deutschland basiert. Sie geht der Frage nach, wie die Nutzung politischer Beteiligungsangebote im Internet im Vergleich zur so genannten Offline-Partizipation vor dem Hintergrund bestimmter demokratischer Qualitätsstandards zu bewerten ist. Für die Evaluation der Beteiligungsqualität werden dabei drei Kriterien herangezogen: (1) die Motive für eine politische Aktivität, (2) die Intensität der Nutzung eines Beteiligungsangebots und (3) der Grad der Verwirklichung des Ideals der politischen Gleichheit, also die Vermeidung sozialer Selektivität unter den Partizipierenden.

- 4 Vgl. Armin Schäfer / Harald Schoen, Mehr Demokratie, aber nur für Wenige?, in: *Leviathan*, 41. Jg. (2013), H. 1, S. 94 – 120.
- 5 Vgl. zum Beispiel Michael X. Delli Carpini, Gen.com: Youth, Civic Engagement, and the New Information Environment, in: *Political Communication*, 17. Jg. (2000), H. 4, S. 341 – 349; Sara Vissers / Dietlind Stolle, The Internet and New Modes of Political Participation: Online versus Offline Participation, in: *Information, Communication & Society*, 17. Jg. (2013), H. 8, S. 937 – 955.
- 6 Vgl. Kay Lehman Schlozman / Sidney Verba / Henry E. Brady, Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet, in: *Perspectives on Politics*, 8. Jg. (2010), H. 2, S. 487 – 509, S. 488; Howard Rheingold, *The Virtual Community: Homesteading on the Electronic Frontier*, Cambridge 2000.
- 7 Vgl. Birgit van Eimeren / Beate Frees, 79 Prozent der Deutschen online – Zuwachs bei mobiler Internetnutzung und Bewegtbild, in: *Media Perspektiven*, 7./8. Jg. (2014), S. 378 – 396; Don Tapscott, *Grown up Digital: How the Net Generation Is Changing Your World*, New York 2009.
- 8 Vgl. zum Beispiel Martin Emmer / Gerhard Vowe / Jens Wolling / Markus Seifert, Bürger online: Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland, Konstanz 2011; Andreas Jungkerr / Harald Schoen, *Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktion*, Wiesbaden 2013; Pippa Norris, *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge 2001.
- 9 Umfassendere Studien liegen für andere Länder, vor allem die USA, vor: vgl. Kay Lehman Schlozman / Sidney Verba / Henry E. Brady, a.a.O. (Fn. 6); Sara Vissers / Dietlind Stolle, a.a.O. (Fn. 5); Shelley Boulianne, Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research, in: *Political Communication*, 26. Jg. (2009), H. 2, S. 193 – 211.

1. Gegenstand der Analyse und Vorgehensweise

In einem ersten Schritt ist grundlegend zu klären, welchen qualitativen Status die Nutzung von Online-Beteiligungsangeboten im Vergleich zur konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipation offline hat. Kann man mit Blick auf politische Aktivitäten im Internet, zum Beispiel in den Sozialen Medien, überhaupt im klassischen Sinne von Partizipation sprechen? Oder entspricht das Internet vielmehr dem unter anderem von *Robert D. Putnam*¹⁰ gezeichneten Bild eines nur scheinbar politisierenden Spaßmediums¹¹

Zu Recht weisen *Jan van Deth*¹² und *Lindsay H. Hoffmann* u.a.¹³ darauf hin, dass in der Auseinandersetzung mit neuen Partizipationsformen konzeptionelle Beliebigkeit droht: Weil fast jede Verhaltensweise das Potential dazu hat, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, ist entscheidend, mit welchen Motiven sie ausgeübt wird. Immer und nur dann, wenn Aktivität mit der Absicht verbunden ist, Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung zu nehmen, ist sie als Partizipation zu bezeichnen und kann somit auch die entsprechenden demokratischen Funktionen erfüllen. Dies gilt ganz unabhängig davon, mit welchem zeitlichen, monetären oder intellektuellen Aufwand sie einhergeht.

Im Rekurs auf den von *Samuel H. Barnes* und *Max Kaase*¹⁴ etablierten Partizipationsbegriff, wonach alle Tätigkeiten, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“¹⁵, wird in dieser Studie deshalb untersucht, aus welchen Gründen politische Beteiligungsangebote online und offline genutzt werden. Nur wenn ähnliche Motive das politische Engagement online und offline anleiten, können sie als funktional äquivalent betrachtet und deshalb mit Blick auf weitere Qualitätskriterien verglichen werden.

Darüber hinaus ist die absolute Intensität des politischen Engagements zu überprüfen und zu analysieren, ob die Beteiligung via Internet primär andere Partizipationsformen ergänzt (so genannte additive Nutzung), oder ob jene jungen Bürger, die nur selten offline politisch aktiv sind, heute im WWW partizipieren (so genannte kompensatorische Nutzung).¹⁶ Dabei wird mit Blick auf das Ideal der politischen Gleichheit auch untersucht,

10 Vgl. *Robert D. Putnam*, *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000.

11 Wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt, genießt Online-Partizipation in den Augen der Bürger tatsächlich nur wenig Anerkennung: In einem Vergleich von 17 Beteiligungsformen bewerteten die Befragten die Online-Beteiligung am schlechtesten. Vgl. Bertelsmann Stiftung, *Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“ 2014*, S. 12, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Vielfaeltige_Demokratie_Im_Fokus_Heidelberg.pdf (Abruf am 8. Oktober 2015).

12 Vgl. *Jan van Deth*, *Creative Participation – Creative Democracy? Discussion Paper Prepared for Delivery at the 3rd Karlstad Seminar on Studying Political Action Karlstad (Sweden)*, 18. bis 20. Oktober 2007.

13 Vgl. *Lindsay H. Hoffman / Philip E. Jones / Dannagal Goldthwaite Young*, *Does My Comment Count? Perceptions of Political Participation in an Online Environment*, in: *Computers in Human Behavior*, 29. Jg. (2013), H. 6, S. 2248 – 2256.

14 Vgl. *Samuel H. Barnes / Max Kaase* (Hrsg.), *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills / London 1979.

15 *Max Kaase*, *Partizipation*, in: *Dieter Nohlen* (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, S. 521 – 527, S. 521.

16 Vgl. *Sara Vissers / Dietlind Stolle*, a.a.O. (Fn. 5).

ob politische Beteiligung online in vergleichbarem Maße von sozialer Ungleichheit geprägt ist wie offline.

Angesichts dieses Erkenntnisinteresses stehen junge Erwachsene im Mittelpunkt, die zu den so genannten digital natives zählen, die also mit den digitalen Technologien aufgewachsen sind.¹⁷ Zur besseren Vergleichbarkeit beschränkt sich die Untersuchung außerdem auf jene jungen Erwachsenen, die bereits mindestens einmal die Möglichkeit hatten, an Bundestagswahlen teilzunehmen. Zum Zeitpunkt der telefonischen Befragung im August 2013 waren die Teilnehmer folglich zwischen 22 und 35 Jahre alt. Diese Bevölkerungsgruppe droht nicht nur zu weit größeren Teilen politisch inaktiv zu bleiben, als dies bei früheren Kohorten der Fall war¹⁸; sie surfst auch mit großer Selbstverständlichkeit im Netz – und greift somit zumindest potentiell in vergleichbarer Art und Weise auf das Internet als Kanal für politisches Engagement zurück wie auf entsprechende Angebote offline. Außerdem unterscheiden sich die Nutzungsmuster der „digital natives“ deutlich von jenen älterer Bürger: Sie beziehen beispielsweise einen höheren Anteil an Informationen über das Netz, sind häufiger mobil (via Smartphone und Tablet) online und verweilen insgesamt länger im WWW.¹⁹

2. Stand der Forschung

Die vorliegende Studie schließt somit einerseits an den Stand der Forschung zur politischen Partizipation im Internet an, der häufig auch unter den Stichworten e-participation oder e-democracy firmiert.²⁰ Unter e-participation ist die „extension and transformation of participation in societal democratic and consultative processes mediated by information and communication technologies (ICT), primarily the Internet“²¹ zu verstehen. Die mit der Etablierung solcher neuen Partizipationsangebote einhergehende, transformierende Kraft wird in der Literatur überwiegend positiv bewertet: Durch die Möglichkeiten der neuen Technologien wird eine Erweiterung, Erleichterung und Verbesserung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten erwartet. Zudem wird auf eine Ausweitung vorgelagerter Deliberationsarenen gehofft, die auf Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse wirken (können).²²

17 Für nähere Informationen zum Begriff der „digital natives“ vgl. *Neil Selwyn, The Digital Native – Myth and Reality*, in: *Aslib Proceedings*, 61. Jg. (2009), H. 4, S. 364 – 379.

18 Vgl. zum Beispiel *Norbert Kersting, Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik*, in: *Kathrin Voss* (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Wiesbaden 2014, S. 53 – 87, S. 60.

19 Vgl. *Birgit van Eimeren / Beate Frees*, a.a.O. (Fn. 7).

20 Mit *Marianne Kneuer*, Mehr oder weniger demokratische Qualität durch das Internet?, in: *Der Bürger im Staat*, 64. Jg. (2014), H. 4, S. 196 – 205, S. 197 lässt sich in der Forschung unter anderem zwischen e-government und e-democracy unterscheiden, wobei e-government lediglich auf die Abwicklung administrativer Vorgänge Bezug nimmt, während e-democracy „sich auf den Ansatz, via Internet neue und breitere Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen“ bezieht. Vgl. auch *dies.*, *Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie*, in: *dies.* (Hrsg.), *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?*, Baden-Baden 2013, S. 7 – 31, S. 15 ff.

21 *Øystein Sæbø / Jeremy Rose / Leif Skiftenes Flak, The Shape of eParticipation: Characterizing an Emerging Research Area*, in: *Government Information Quarterly*, 25. Jg. (2008), H. 3, S. 400 – 428, S. 400f.

22 Vgl. dazu die Literaturüberblicke bei *Clive Sanford / Jeremy Rose, Characterizing eParticipation*, in: *International Journal of Information Management*, 27. Jg. (2007), H. 6, S. 406 – 442, S. 1

Empirische Studien weisen einerseits eine Zunahme politischer Aktivitäten online nach, andererseits zeigen sie auf, dass sich Nutzungsmuster aus der „real world“ häufig im Internet reproduzieren. *Pippa Norris*²³ spricht von einem „virtuous circle“ politischer Kommunikation und Partizipation. Und *Martin Emmer* u.a. konstatieren auf der Basis einer siebenwöchigen Panelbefragung (2000 bis 2010): „Bei der Partizipation bleiben Effekte des Internets weitgehend aus. ... Weder die herkömmlichen noch die innovativen Formen der Partizipation haben sich in nennenswertem Umfang intensiviert.“²⁴ Am verbreitetsten ist die Online-Beteiligung, so zeigt eine Studie des Alexander von Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft (2014), unter den 18- bis 36-jährigen Internetnutzern mit einem Hochschulabschluss.²⁵ Mit Blick auf das Inkusionspotential des Internets kommen *Kroh* und *Neiss*²⁶, *Köcher* und *Bruttel*²⁷ sowie *Emmer* u.a.²⁸ für Deutschland außerdem zu dem Schluss, dass das Internet den Zusammenhang zwischen sozialem Status und politischer Partizipation nicht aufheben kann – ein Ergebnis, das *Schlozman* u.a.²⁹ auch für die USA zutage gefördert haben.

Darüber hinaus nimmt die vorliegende Untersuchung Bezug auf Studien der klassischen Partizipationsforschung. Hier ist in den letzten Jahren die bereits erwähnte Auseinandersetzung mit politischer Ungleichheit von besonderer Bedeutung. Wie unter anderem *Armin Schäfer* aufzeigt, ist nicht nur die Wahlbeteiligung auf der Bundesebene seit den 1980er Jahren rückläufig; auch die soziale Segregation der Beteiligungswahrscheinlichkeit nahm zu: Während im Jahr 1980 der Wahlbeteiligungsunterschied zwischen formal hoch und gering Gebildeten nur bei wenigen Prozentpunkten lag, stieg er bis 2012 auf über 15 Prozentpunkte. Eine ähnliche Spreizung bildete sich im Hinblick auf das Einkommen und die Schichtzugehörigkeit heraus.³⁰ Diese Entwicklungen verdeutlichen, wie wichtig es ist, nach neuen Beteiligungsformen zu suchen, die politisches Engagement und politische Gleichheit stärken können.

sowie *Iryna Susha / Åke Grönlund*, eParticipation Research: Systematizing the Field, in: *Government Information Quarterly*, 29. Jg. (2012), H. 3, S. 373 – 382.

23 Vgl. *Pippa Norris*, *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies*, Cambridge / New York 2000; *dies.*, a.a.O. (Fn. 8).

24 *Martin Emmer / Gerhard Vowe / Jens Wolling / Markus Seifert*, a.a.O. (Fn. 8), S. 302. Zu einer ähnlich moderaten Einschätzung der Wirkung des Internets auf die Partizipation gelangen auch andere Studien, zum Beispiel *Martin Kroh / Hannes Neiss*, Internet Access and Political Engagement: Self-Selection or Causal Effect? Paper Prepared for Presentation to the Annual Meetings of the American Political Science Association vom 3. bis 6. September, Toronto 2009, S. 15 und *Shelley Boulian*, a.a.O. (Fn. 9).

25 Vgl. Alexander von Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft, Online Mitmachen und Entscheiden – die Partizipationsstudie 2014, S. 7, http://www.hiiq.de/wp-content/uploads/2014/06/20140609_Studie_DIGITAL.pdf (Abruf am 1. Juni 2015).

26 Vgl. *Martin Kroh / Hannes Neiss*, a.a.O. (Fn. 25), S. 15.

27 Vgl. *Renate Köcher / Oliver Bruttel*, Social Media, IT & Society 2011, 1. Infosys-Studie, <http://www.infosys.com/de/newsroom/press-releases/documents/social-media-it-society2011.pdf> (Abruf am 8. Oktober 2015).

28 Vgl. *Martin Emmer / Gerhard Vowe / Jens Wolling / Markus Seifert*, a.a.O. (Fn. 8), S. 303.

29 Vgl. *Kay Lehman Schlozman / Sidney Verba / Henry E. Brady*, a.a.O. (Fn. 6).

30 Vgl. *Armin Schäfer*, a.a.O. (Fn. 3), S. 96 ff.; *Sebastian Bödeker*, Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Frankfurt am Main 2012; *Wolfgang Merkel / Alexander Petring*, Partizipation und Inklusion, Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung 2011, http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf (Abruf am 8. Oktober 2015).

3. Erkenntnisinteresse und Hypothesen

Auch in der englischsprachigen Literatur wurde bislang nur vereinzelt untersucht, aus welchen Motiven heraus Partizipationsangebote online genutzt werden³¹, obwohl diese Frage von grundlegender Bedeutung für die Bewertung der neuen Formen politischen Engagements ist: Gemäß der in der Forschung vorherrschenden Meinung entscheiden nämlich weder ihr faktischer Einfluss noch ihre „civic virtue“ darüber, ob eine politische Aktivität als Partizipation zu bewerten ist. Vielmehr ist relevant, mit welcher Absicht eine konkrete Handlung von einem Individuum vorgenommen wurde. Neben der Freiwilligkeit wird der direkte oder indirekte Versuch der Einflussnahme zum definitorischen Merkmal politischer Partizipation.³² Und wenn – wie *van Deth* aufzeigt – offline „everything can be easily turned into participation by the simple expression of intentions of the people involved“³³, lässt sich nicht überzeugend begründen, warum dies nur in der „realen Welt“, nicht aber online der Fall sein sollte. Die politische Intention ist in beiden Sphären entscheidend dafür, ob eine politische Aktivität im wissenschaftlichen Sinne als Partizipation gelten kann.

Politische Aktivitäten, die nicht von der Absicht der Einflussnahme geleitet werden, können hingegen entweder als symbolische Partizipation zählen (wenn sie auf einen Missstand hinweisen oder wenn sie mit dem Ziel unternommen werden, ein Zeichen zu setzen, ohne dass der Aktivist daran glaubt, tatsächlich etwas bewirken zu können) oder in Anlehnung an *Christensen* und *Morozov* als „slacktivism“ (wenn sie lediglich der individuellen Unterhaltung beziehungsweise der Herstellung sozialer Kontakte und nicht der Mitwirkung am politischen Prozess dienen).³⁴

Der hier vorgeschlagene Begriff der symbolischen Partizipation nimmt einerseits die Bedenken jener Autoren auf, die von einer distinkten Qualität politischer Aktivität online im Vergleich zum politischen Engagement in der „realen Welt“ ausgehen³⁵; andererseits knüpft er an politikwissenschaftliche Überlegungen zu symbolischer Politik an, die diese nicht oder nicht grundsätzlich als eine minderwertige Ersatzhandlung, Manipulation oder als

31 So analysieren zum Beispiel *Lindsay H. Hoffman / Philip E. Jones / Dannagal Goldthwaite Young*, a.a.O. (Fn. 14), S. 2249 ff., ob „the ‚new‘ modes of online engagement [are] motivated by different goals than the ‚old‘ modes of offline activity?“ Sie erheben die Motivation, indem sie den Befragten zwei Optionen anbieten: „to communicate with others“ und „to influence functioning of government“. Allerdings erscheint es zweifelhaft, ob mit „communication“ eine politische Handlungsmotivation abgefragt wurde, oder ob Kommunikation nicht eher ein Medium der politischen Partizipation darstellt. Auch in der „Partizipationsstudie 2014“ des Alexander von Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft, a.a.O. (Fn. 26), S. 33 ff. werden Motivationen der Online-Partizipation abgefragt. Durch die Orientierung dieser Studie an dem kognitiven Motivationsmodell von *Falko Rheinberg* sind die Ergebnisse allerdings nicht unmittelbar anschlussfähig an den Partizipationsbegriff von *Barnes* und *Kaase*.

32 Vgl. *Max Kaase / Alan Marsh*, Political Action. A Theoretical Perspective, in: *Samuel H. Barnes / Max Kaase* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 15), S. 27 – 56, S. 42; vgl. auch *Brigitte Geißel*, Wozu Demokratisierung der Demokratie? – Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements, in: *Angelika Vetter* (Hrsg.), Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden 2008, S. 29 – 48.

33 *Jan van Deth*, a.a.O. (Fn. 13), S. 22.

34 Vgl. *Hendrick S. Christensen*, Political Activities on the Internet: Slacktivism or Political Participation by Other Means?, in: First Monday, 16. Jg. (2011), H. 2, <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/3336/2767> (Abruf am 8. Oktober 2015); vgl. *Evgeny Morozov*, The Net Delusion: The Dark Side of Internet Freedom, New York 2011.

35 Vgl. *Robert D. Putnam*, a.a.O. (Fn. 11).

Politiksurrogat begreifen, sondern als ein für politische Kommunikation grundsätzlich unverzichtbares Phänomen.³⁶ So versteht beispielsweise *Andreas Dörner* unter symbolischer Politik „den strategischen Einsatz von Zeichen, um den grundsätzlichen Orientierungsbedarf in der Gesellschaft zu bedienen und auf diesem Wege Loyalitäten und Handlungsbereitschaften zu sichern“³⁷. Ebenso wie die symbolische Politik dient auch die symbolische Partizipation der Komplexitätsreduktion und Orientierungsstiftung mit Hilfe von symbolischen Handlungen – und trägt dadurch zur Legitimation politischer Entscheidungsstrukturen bei.

Im Kontext einer „veränderten Legitimationsarchitektur“³⁸ gegenwärtiger Demokratien ist zu erwarten, dass symbolische Partizipation eine zunehmend wichtige Rolle im politischen Prozess spielt und vor allem in den neuen Medien von zentraler Bedeutung ist. Schließlich konfrontiert das Internet seine Nutzer in zuvor unbekanntem Maße mit einer Informationsmasse und -tiefen, so dass Strategien der Komplexitätsreduktion und symbolische Bedeutungszuschreibungen immer wichtiger werden. Hinzu kommt, dass innovative Formen politischer Aktivität in besonderem Maße anpassungsfähig sind: Ihre Adoptionsfähigkeit übersteigt erwartungsgemäß jene der etablierten und teilweise spezifisch institutionalisierten Partizipationsformen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen können zwei Hypothesen zur grundlegenden Qualität politischer Aktivität im Internet und offline formuliert werden:

H1: Politisches Engagement nimmt im Internet häufiger die Form symbolischer Partizipation an, als dies offline der Fall ist.

H2: Die Nutzung politischer Partizipationsangebote im Internet ist häufiger vom Wunsch nach Unterhaltung oder sozialen Kontakten geprägt, als dies offline der Fall ist.

Neben der Klärung des theoretischen Status der digitalen Partizipationsangebote soll ihre Qualität auf der Basis ihres Integrations- und Mobilisierungspotentials bewertet werden, denn angesichts der wachsenden Ungleichheit verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Nutzung politischer Beteiligungsangebote zählt die Aktivierung jener Bürger, die offline nicht oder nur selten partizipieren, zu den wichtigsten demokratietheoretischen Hoffnungen, die in die neuen Medien gesetzt werden.

Da politische Beteiligung online mit geringeren zeitlichen wie informationellen Kosten verbunden ist als Offline-Partizipation³⁹, kann im konzeptionellen Rekurs auf das „civic

36 Vgl. *Ulrich Sarcinelli*, Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1987; *ders.*, Politische Kommunikation in Deutschland Medien und Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 2011; *Gerhard Göhler*, Symbolische Politik – symbolische Praxis. Zum Symbolverständnis in der deutschen Politikwissenschaft, in: *Barbara Stollberg-Rilinger* (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? (Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 35), Berlin 2005, S. 57 – 69.

37 *Andreas Dörner*, Die Inszenierung politischer Mythen. Ein Beitrag zur Funktion der Symbolischen Formen in der Politik am Beispiel des Herrmannsmythos in Deutschland, in: *PVS*, 34. Jg. (1993), H. 2, S. 199 – 218, S. 200.

38 *Ulrich Sarcinelli*, Kommunikation und Partizipation in einer veränderten Legitimationsarchitektur, in: *Marianne Kneuer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 20), S. 104 – 122.

39 Vgl. *Sara Vissers / Dietlind Stolle*, a.a.O. (Fn. 5).

voluntarism model“ von *Verba, Schlozman und Brady*⁴⁰ oder auf den Ressourcenmobilisierungsansatz⁴¹ erwartet werden, dass im Kreis der jungen Erwachsenen die sinkende Beteiligung offline durch eine steigende Beteiligung online kompensiert wird. Eine solche Veränderung der Nutzungsmuster wäre aus der Perspektive partizipationsorientierter Demokratietheorien weit weniger bedenklich als ein weitgehender Partizipationsverzicht der untersuchten Altersgruppe.

Auch die Tatsache, dass Social-Media-Angebote wie Facebook oder LinkedIn ein Gefühl von Gemeinschaft unter ihren Nutzern stiften und somit dazu beitragen können, das soziale Kapital in einer virtuellen „community“ zu stärken⁴², spricht für das partizipative Potential der neuen Medien. Auch unabhängig von Kosten und Ressourcenbedarf könnte das Internet auf diese Weise das politische Engagement online stärken.

Sollten entsprechende Prozesse empirisch nachweisbar sein, würde dies die so genannte Kompensationsthese bestätigen, die davon ausgeht, dass unter jungen Bürgern die Partizipation online an die Stelle der Nutzung etablierter konventioneller und unkonventioneller politischer Beteiligungsangebote tritt. In diesem Fall, der voraussetzt, dass eine substanzielle Zahl junger Erwachsener sich ausschließlich oder überwiegend via Internet politisch beteiligt, könnte das WWW einen relevanten Beitrag dazu leisten, die Zahl der politisch aktiven Bürger in Deutschland wieder zu erhöhen. Ob eine entsprechende Entwicklung derzeit als realistische Hoffnung zu bewerten ist, wird in der vorliegenden Studie mit Hilfe der dritten Hypothese getestet:

H3: Junge Erwachsene, die sich nicht (konventionell oder unkonventionell) offline politisch beteiligen, beteiligen sich online.

Da sich Bevölkerungsmitglieder mit einem geringen sozio-ökonomischen Status im Durchschnitt seltener politisch beteiligen als andere Bevölkerungsgruppen, soll ferner der Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad und der individuellen Wahrscheinlichkeit zur Nutzung politischer Partizipationsangebote online und offline untersucht werden. Angesichts der Beschränkung der vorliegenden Befragung auf die Altersgruppe der 22- bis 35-Jährigen, die sich überwiegend noch in der Ausbildung oder am Beginn ihrer Karriere befinden, kann der sozio-ökonomische Status besser über den Bildungsgrad als über das individuelle oder Haushaltseinkommen abgeschätzt werden. Da das Internet von nahezu allen Bürgern dieser Altersgruppe regelmäßig genutzt wird und es eine große Zahl niedrigschwelliger Beteiligungsangebote bietet (beispielsweise die Unterzeichnung von Online-Petitionen), die weder mit hohem zeitlichem Aufwand verbunden sind noch die von jungen Bürgern vergleichsweise

40 Vgl. *Sidney Verba / Kay Lehman Schlozman / Henry E. Brady*, Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge 1995.

41 Vgl. *Myra Marx Ferree*, The Political Context of Rationality: Rational Choice Theory and Resource Mobilization, in: *Aldon D. Morris / Carol Mc Clurg Mueller* (Hrsg.), Frontiers in Social Movement Theory, New Haven 1992, S. 29 – 52.

42 Vgl. *Nicole B. Ellison / Charles Steinfield / Cliff Lampe*, The Benefits of Facebook ‘Friends’: Social Capital and College Students’ Use of Online Social Network Sites, in: Journal of Computer-Mediated Communication, 12. Jg. (2007), H. 4, S. 1143 – 1168; *Homero Gil de Zúñiga / Aaron Veenstra / Emily Vraga / Dhavan Shah*, Digital Democracy: Reimagining Pathways to Political Participation, in: Journal of Information Technology & Politics, 7. Jg. (2010), H. 1, S. 36 – 51.

se ungern eingegangenen Organisationsbindungen verlangen⁴³, ist zu erwarten, dass die „digital divide“⁴⁴ in dieser Altersgruppe geringer ausgeprägt ist als in der älteren Bevölkerung.⁴⁵ Entsprechend geht die vorliegende Untersuchung auch von einer geringeren sozialen Verzerrung in der Nutzung politischer Beteiligungsformen online als offline aus.⁴⁶ Die vierte Hypothese beschreibt den erwarteten Zusammenhang folgendermaßen:

H4: Das Bildungsniveau beeinflusst das Niveau politischer Beteiligung online bei jungen Erwachsenen in Deutschland weniger stark als offline.

Darauf aufbauend wird die Gruppe derjenigen, die durch die neuen Medien, jedoch nicht oder nur selten mittels klassischer konventioneller oder unkonventioneller Partizipationsformen zu politischem Engagement bewegt werden kann, näher untersucht. So kann die Kompensationsthese hinsichtlich des politischen Interesses und der Demokratiezufriedenheit spezifiziert werden: Im Rekurs auf *Harald Schoen* und *Thorsten Faas*⁴⁷, die in der Online-Population ein größeres politisches Interesse feststellten, und in Analogie zur Nutzung von Offline-Partizipationsformen⁴⁸ lässt sich zunächst vermuten, dass politisch interessierte Bürger das Internet eher zum Zwecke politischer Partizipation nutzen als Uninteressierte. Darüber hinaus erscheint es wahrscheinlich, dass insbesondere die „critical citizens“, also interessierte, aber mit der Demokratie unzufriedene Bürger⁴⁹, beziehungsweise wie von *Hans-Dieter Klingemann*⁵⁰ beschriebenen „unzufriedenen Demokraten“, über das Internet mobilisiert werden. Schließlich weisen Partizipationsmöglichkeiten im WWW eine größere Distanz zum etablierten politischen Prozess auf als etablierte Partizipationsformen und stellen einen „alternativen Pfad“ zur Artikulation von Unzufriedenheit dar.

43 Für eine umfassendere Auseinandersetzung mit der Präferenz junger Bürger für Beteiligungskanäle, die wenig hierarchisch strukturiert sind und keine Mitgliedschaft erfordern, vgl. zum Beispiel *Ulrich Beck*, Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986 und *Dietlind Stolle / Marc Hooghe*, Inaccurate, Exceptional, One-Sided or Irrelevant? The Debate About the Alleged Decline of Social Capital and Civic Engagement in Western Societies, in: British Journal of Political Science, 35. Jg. (2005), H. 1, S. 149 – 167.

44 Vgl. *Pippa Norris*, a.a.O. (Fn. 8).

45 Vgl. *Birgit van Eimeren / Beate Frees*, a.a.O. (Fn. 7).

46 Vgl. *Don Tapscott*, a.a.O. (Fn. 7); *Kay Lehman Schlozman / Sidney Verba / Henry E. Brady*, a.a.O. (Fn. 6).

47 Vgl. *Harald Schoen / Thorsten Faas*, When Methodology Interferes With Substance: The Difference of Attitudes Toward E-Campaigning, in: Social Science Computer Review, 23. Jg. (2005), H. 3, S. 326 – 333.

48 Vgl. *Armin Schäfer*, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: ZfVP, 4. Jg. (2010), H. 1, S. 131 – 156; *Sebastian Bödeker*, a.a.O. (Fn. 30).

49 Unter Unzufriedenheit mit der Demokratie wird hier und im Folgenden weder die grundsätzliche Ablehnung der Idee der Demokratie noch die Bewertung konkreter politischer Akteure oder Entscheidungen gefasst. Stattdessen wird die Demokratiezufriedenheit als generalisierte, performanzorientierte Bewertung der konkreten politischen Ordnung konzeptualisiert. Hierzu wurden die Respondenten gebeten, die „Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem“ entlang einer Viererskala zu bewerten.

50 Vgl. *Hans-Dieter Klingemann*, Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre, in: *Hans-Joachim Lauth / Gert Pickel / Christian Welzel* (Hrsg.), Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 266 – 297, S. 266 f.

Hypothese 5 konstatiert, dass dieser Pfad vor allem von jenen Teilen der Bevölkerung beschritten wird, die sich ansonsten von politischem Engagement abgewandt haben:

H5: Das Internet wird vor allem von jungen „critical citizens“ als primäres Medium politischer Partizipation genutzt, während zufriedene Bürger gleichermaßen durch Offline- wie durch Online-Partizipationsformen mobilisiert werden können.

4. Daten und Analyse

Um die vorgestellten Hypothesen zu testen, wird auf eine Umfrage zurückgegriffen, die im Zeitraum vom 8. bis zum 28. August 2013 mittels telefonischer Befragung (CATI) unter 1000 zufällig ausgewählten jungen Erwachsenen mit deutscher Staatsbürgerschaft durchgeführt wurde.⁵¹ Das Alter der Befragten (22 bis 35 Jahre) bedeutet, dass sie bereits mindestens einmal an Bundestagswahlen teilgenommen haben könnten und gleichzeitig zur Gruppe der „digital natives“ zählen. Dadurch zählt diese Studie zu einer der seltenen in ihren Ergebnissen generalisierbaren Analysen der politischen Beteiligung junger Erwachsener.

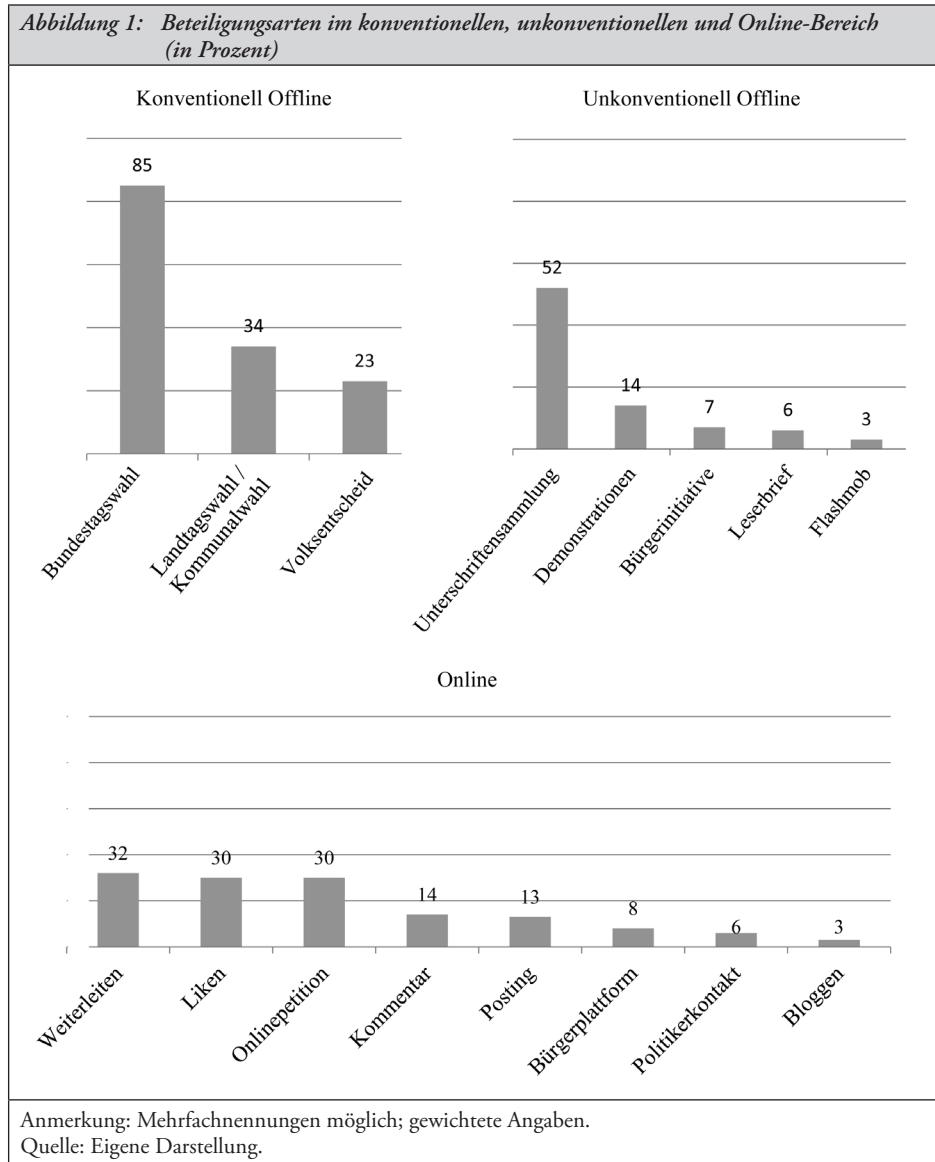
Im Zentrum der Untersuchung stehen drei Formen politischer Partizipation: konventionelle und unkonventionelle Beteiligung offline sowie Online-Beteiligung. Erstgenannte umfasst die Teilnahme an der Bundestagswahl 2009 sowie an Landtags- oder Kommunalwahlen oder Volksentscheiden im Jahr vor der Befragung (also zwischen August 2012 und August 2013). Als unkonventionelle Beteiligungsformen wurden folgende politische Aktivitäten in den letzten zwölf Monaten verstanden:

- Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration,
- aktive Mitarbeit in einer Bürgerinitiative,
- Unterschreiben einer Petition/Teilnahme an einer Unterschriftensammlung,
- Teilnahme an einem politischen Flashmob,
- Verfassen eines Leserbriefs zu einem politischen Thema.

Um die Online-Beteiligung zu messen, wird im ersten Schritt jedwede Art von Online-Aktivität betrachtet. Die Respondenten wurden gefragt, ob sie im letzten Jahr eine oder mehrere der folgenden Möglichkeiten, im Netz politisch aktiv zu sein, genutzt hatten:

- Politische Beiträge anderer Personen weitergeleitet oder geteilt, zum Beispiel über Facebook, Twitter oder Email,
- bei politischen Beiträgen in Sozialen Netzwerken „gefällt mir“ angeklickt,
- Kommentare zu politischen Beiträgen, Artikeln oder Sendungen verfasst, zum Beispiel in Nachrichtenportalen,
- an Online-Petitionen oder Unterschriftenaktionen im Internet beteiligt,
- Bürgerbeteiligungsplattformen von staatlichen Stellen im Internet genutzt (Bürgerhaushalte, Liquid-Democracy-Foren oder ähnliches),
- eigene politische Beiträge in Sozialen Netzwerken gepostet, getwittert oder über Mailverteiler verschickt,
- Artikel über politische Themen für einen Blog geschrieben,
- Politiker über das Internet kontaktiert.

51 Finanziert wurde die Erhebung durch die Fritz-Thyssen-Stiftung. Die Befragung erfolgte auf der Basis eines von *Claudia Ritzi* und *Gary S. Schaal* erstellten Fragebogens und wurde von *infratest dimap* durchgeführt.



Wie häufig werden diese verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten von den jungen Erwachsenen in Deutschland genutzt?

Bei den konventionellen Beteiligungsarten dominiert mit knapp 85 Prozent die Bundestagswahl 2009⁵², gefolgt von einem Drittel der Befragten, die auf regionaler oder lokaler

52 Laut Bundeswahlleiter lag die tatsächliche Wahlbeteiligungsquote 2009 für die Altersgruppen zwischen 21 und 35 zwischen 60 und 65 Prozent, womit die vorliegende Studie ein deutliches „over reporting“ aufweist. Vgl. Eva Zeglovits / Sylvia Kritzinger, New Attempts to Reduce Overre-

Ebene partizipierten. Nur jeder Vierte beteiligte sich in den zwölf Monaten vor der Befragung nach eigenen Angaben an einem Volksentscheid. An mindestens einer der Möglichkeiten auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene beziehungsweise an einem Volksentscheid beteiligten sich etwa 90 Prozent der Befragten.

Ganz ähnlich wird die unkonventionelle Partizipation von einer Beteiligungsmöglichkeit dominiert: der Teilnahme an einer Unterschriftensammlung. Während über die Hälfte der Befragten daran oder an einer Petition teilnahm, sind es bei der am zweithäufigsten genutzten Möglichkeit, der Demonstration, nur etwas mehr als ein Siebtel der jungen Erwachsenen. Die Bürgerinitiative und der Leserbrief mit jeweils etwas mehr als sechs Prozent fallen nochmals deutlich ab, und nur drei Prozent der Befragten beteiligten sich an einem politischen Flashmob.⁵³ Insgesamt haben sich aber fast 60 Prozent mindestens einmal unkonventionell im Offline-Bereich beteiligt – dieser Wert zeigt an, dass bei weitem nicht alle jungen Bürger politisch apathisch sind.

Online-Petitionen, „Liken“ in sozialen Netzwerken sowie Weiterleiten politischer Beiträge sind die drei verbreitetsten Beteiligungsarten im Internet, die jeweils von knapp einem Drittel der Befragten genutzt wurden – somit findet sich online keine ähnlich dominante einzelne Form wie in den beiden anderen Kategorien. Online-Beteiligung ist (derzeit) insgesamt also heterogener und diverser als Offline-Beteiligung. Das Kommentieren sowie das Posten politischer Beiträge folgen mit 14 beziehungsweise 13 Prozent. Weniger als zehn Prozent der Befragten nutzten Bürgerbeteiligungsplattformen im Internet oder kontaktierten Politiker über das Netz, und nur drei Prozent bloggten selbständig zu politischen Themen.⁵⁴ Insgesamt waren es wiederum knapp 60 Prozent, die auf irgendeine Weise online partizipierten.

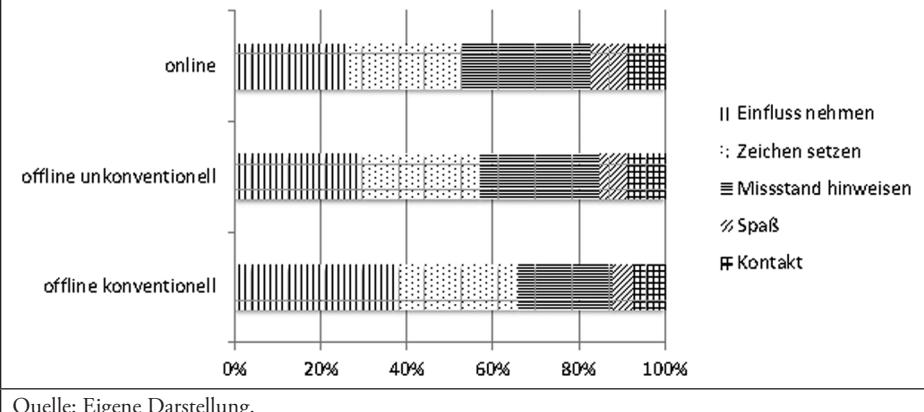
porting of Voter Turnout and Their Effects, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 26. Jg. (2014), H. 2, S. 224 – 234. Allerdings bewegen sich die Werte dieser Studie damit im für Rückerinnerungen bei Telefonumfragen typischen Bereich: Auch in der telefonische Rolling-Cross-Section Umfrage im Rahmen der German Longitudinal Election Study gaben über 80 Prozent der Befragten im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 an, an der Wahl 2009 teilgenommen zu haben. Vgl. *Hans Rattinger / Sigrid Rösteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Bernhard Wefels / Christof Wolf*, Rolling Cross-Section Campaign Survey with Post-election Panel Wave (GLES 2013). GESIS Data Archive, Köln. ZA5703 Data file Version 2.0.0.

- 53 Für die Gesamtbevölkerung liegen laut einer Online-Umfrage im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) die Werte für die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung bei 40 Prozent, bei Demonstrationen bei zwölf und bei Bürgerinitiativen bei acht Prozent; vgl. *Sigrid Rösteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Harald Schoen / Bernhard Wefels / Christof Wolf / Simon Henkel / Ina Bieber / Philipp Scherer*, Long-term Online Tracking, T29 (GLES 2016). GESIS Data Archive, Cologne. ZA5729 Data file Version 1.1.0, doi:10.4232/1.12522. Damit sind die jungen Erwachsenen aktiver im Bereich der Unterschriften, während sie sich im Hinblick auf Demonstrationen und Bürgerinitiativen nicht von der Gesamtbevölkerung unterscheiden.
- 54 Auch hier überwiegen die Ähnlichkeiten zur Gesamtpopulation. Laut *Sigrid Rösteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Harald Schoen / Bernhard Wefels / Christof Wolf / Simon Henkel / Ina Bieber / Philipp Scherer*, Long-term Online Tracking, a.a.O. (Fn. 53) nutzen 36 Prozent aller Erwachsenen in Deutschland Online-Petitionen, 27 Prozent klicken auf „Gefällt mir“, 26 Prozent leiten politische Inhalte weiter, 15 Prozent kommentieren oder posten politische Artikel, und acht Prozent nutzen Bürgerplattformen. Damit sind die jungen Erwachsenen etwas passiver hinsichtlich der Online-Petitionen und etwas aktiver beim Weiterleiten, ansonsten aber nicht sonderlich verschieden.

4.1. Partizipation, symbolische Partizipation oder „slacktivism“?

Ist nun diese politische Aktivität im Internet auch als politische Partizipation im engeren Sinne zu bewerten? Oder ist sie als symbolische Partizipation zu verstehen, da sie nicht auf die Beeinflussung politischer Entscheidungen zielt? Oder geht es, wie die Kritiker befürchten, lediglich um „slacktivism“, also um Unterhaltung und soziale Kontakte? Um diese Fragen beantworten zu können, wurde *Barnes* und *Kaase* folgend die Handlungsintention untersucht, also die von den Befragten selbst geäußerten Motive ihrer politischen Aktivität offline und online. In der Umfrage konnten diejenigen, die ein Partizipationsangebot genutzt hatten, die Bedeutung von fünf verschiedenen Gründen für diese Beteiligung angeben. Die vorgegebenen Gründe wurden jeweils mit den Kategorien „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“ und „gar nicht wichtig“ für die politische Aktivität bewertet. Der erste Grund – „Weil ich Einfluss auf die Politik nehmen möchte“ – ist eine partizipative Motivation im Sinne von *Barnes* und *Kaase*. Die Gründe zwei und drei – „Weil ich ein Zeichen setzen möchte, auch wenn ich nicht glaube, dass ich etwas bewirken kann“ und „Weil ich andere Menschen auf politische Missstände aufmerksam machen möchte“ – sind zwar politische Motivationen, aber als Charakteristika symbolischer Partizipation zu klassifizieren: Sie dienen dem Ziel des „signalling“ oder, im Sinne *Albert O. Hirschmans*⁵⁵, der Artikulation von „voice“, wobei die Bürger aber nicht glauben, mit diesem Engagement tatsächlich Einfluss auf das politische Entscheidungszentrum nehmen zu können. Die letzten beiden Gründe sind dagegen unpolitisch und partizipationsfremd; sie lauten: „Weil es Spaß macht“ und „Weil ich mit anderen Menschen in Kontakt treten möchte“.

Abbildung 2: Bedeutung der Motive für die Beteiligungsarten



Quelle: Eigene Darstellung.

Anmerkung: Die Antwortkategorien „sehr wichtig“ und „wichtig“ einerseits sowie „weniger wichtig“ und „gar nicht wichtig“ andererseits wurden hierfür zusammengefasst. Die Gründe für die konventionelle Beteiligung beziehen sich ausschließlich auf Landtags- und Kommunalwahlen sowie Volksabstimmungen.

⁵⁵ Vgl. *Albert O. Hirschman*, Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States. Cambridge 1970.

Insgesamt zeigt sich ein homogenes Bild: Auf die beiden unpolitischen Kategorien Spaß und Kontakt entfallen nur zwischen zwölf und 17 Prozent der Motivanteile, damit liegen über 80 Prozent der Gründe für die jeweilige Beteiligung im politisch relevanten Bereich der Einflussnahme, des Zeichensetzens sowie des Aufmerksammachens auf Missstände. Zwar dominiert das Motiv der Einflussnahme alle drei Beteiligungsarten, jedoch ist es beim Wählen mit knapp 37 Prozent deutlich stärker ausgeprägt als bei der unkonventionellen Partizipation offline (30 Prozent) oder online (26 Prozent). Im Gegenzug ist die Intention, auf Missstände aufmerksam zu machen, online wichtiger als offline. Die Befragten schätzen also recht realistisch die jeweiligen Möglichkeiten der Artikulation von Unmut, der Einflussnahme auf Meinungsbildungsprozesse sowie der Entscheidungsmacht ein.

Die relative Dominanz des Motivs der Einflussnahme vor allem bei konventionellen, aber auch unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung offline sowie die stärkere Bedeutung der symbolischen Motive für die Online-Beteiligung sprechen für die erste präsentierte Hypothese. In der Tat spielt symbolische Partizipation im Internet eine größere Rolle, als dies offline der Fall ist. Allerdings wäre es auch verfehlt, dem Internet den Charakter eines ernstzunehmenden Partizipationskanals abzusprechen, denn mit knapp 26 Prozent Zustimmung ist auch der Wunsch nach Einflussnahme ein wichtiges Motiv für politisches Engagement im Internet. Auch wenn politische Aktivität junger Erwachsener online seltener als Partizipation im Sinne von *Barnes* und *Kaase* zu bewerten ist als offline, so findet dort heute doch in nennenswertem Umfang Beteiligung statt.

Die zweite Hypothese, dass es den „Onlinern“ häufiger um den Spaß ginge als den „Offlinern“, wird nur schwach bestätigt. Mit 7,9 Prozent fällt die Zustimmung zu diesem Motiv unter den politisch Aktiven zwar etwas höher aus als offline (6,3 Prozent bei den unkonventionellen, 5,5 Prozent bei den konventionellen Partizipationsformen), generell liegen politischer Aktivität im Netz aber ähnlich häufig ernsthafte Motive zugrunde wie der Offline-Partizipation. Online-Beteiligung begünstigt also nicht die von *Putnam* und anderen Theoretikern befürchtete Etablierung von „slacktivism“, sondern fördert politisches Engagement der jungen Erwachsenen in Deutschland.

Aus demokratietheoretischer Sicht ist eine mögliche Verlagerung politischen Engagements in die digitale Welt folglich nicht per se als Bedrohung zu werten, sondern birgt Mobilisierungspotential. Ob der Bedeutungsgewinn symbolischer Partizipation dabei den Charakteristika der neuen Medien entspringt oder die Folge genereller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungstrends ist, ist in weiteren Studien zu prüfen.

4.2. Wer beteiligt sich online? Wer offline?

Zwischen online und offline partizipierenden Bürgern gibt es eine große Schnittmenge, wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird. Dies gilt insbesondere für die unkonventionelle Beteiligung. Die Mehrheit der online politisch Aktiven ist auch offline aktiv: über 90 Prozent bei Wahlen und Volksabstimmungen und fast drei Viertel im unkonventionellen Bereich. Die online politisch Abstinenten dagegen sind auch in höherem Maße offline passiv. 15 Prozent beteiligen sich nicht an repräsentativ- oder direkt-demokratischen Verfahren und über zwei Drittel nicht im unkonventionellen Offline-Bereich. Damit verbleiben lediglich etwa sechs Prozent, die nicht konventionell partizipieren und 26 Prozent, die sich nicht unkonventionell beteiligen, die aber ihre politischen Interessen online zu artikulieren suchen.

Tabelle 1: Kreuztabellierung der Beteiligungsarten (in Prozent)

		Wahlen oder Volksentscheid		Unkonventionell offline	
		nein	ja	nein	ja
online	nein	15,3	84,7	68,3	31,7
	ja	6,4	93,6	26,5	73,5

Anmerkung: gewichtete Zeilenprozente (jeweils für konventionelle und unkonventionelle Beteiligung).
Quelle: Eigene Berechnung.

Das Internet ist damit offenbar, entgegen der in Hypothese 3 geäußerten Vermutung, nur selten ein Substitut für politische Beteiligung offline. Eher bietet es eine weitere Arena der Partizipation, die von den aktiven Bürgern zusätzlich genutzt wird. Entsprechend ist die dominante Nutzung auch jene der multiplen Aktivität: Fast 40 Prozent der Partizipierenden sind sowohl konventionell und unkonventionell offline als auch online politisch aktiv, ein Viertel nutzt zwei der drei Partizipationsarenen, knapp 30 Prozent eine und sieben Prozent enthält sich vollends.

Als Zwischenfazit ist also festzuhalten, dass Partizipation im Internet überwiegend als ernst zunehmendes politisches Engagement verstanden werden kann. Zudem fanden sich Indizien, dass die Aktivität online eher additiv denn substituierend wirkt; ein großer Teil der das Internet politisch nutzenden jungen Erwachsenen ist auch offline aktiv.

Um die Hypothesen 4 und 5 zu prüfen, also der Frage nachzugehen, welche typischen,

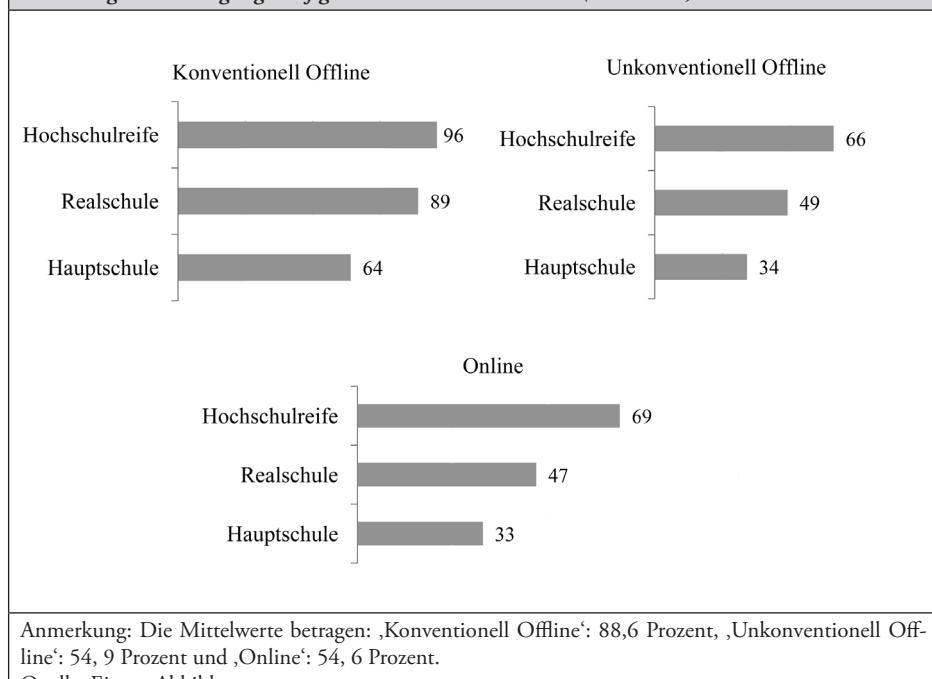
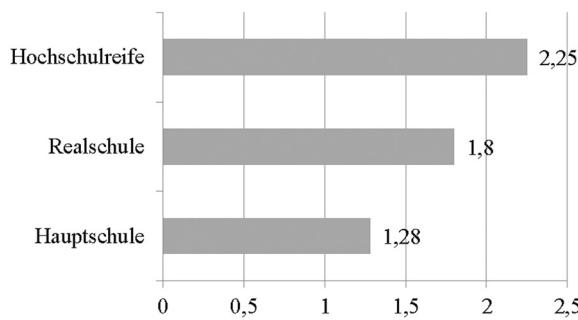
Abbildung 3: Beteiligungshäufigkeit nach Schulabschlüssen (in Prozent)

Abbildung 4: Durchschnittliche Anzahl genutzter Partizipationsarten nach Schulabschluss



Quelle: Eigene Abbildung.

sozio-politisch relevanten Merkmale die Aktiven online im Vergleich zu den Aktiven offline aufweisen, wird in Anlehnung an *Schäfer*⁵⁶ die Partizipationsselektivität nach Schulabschlüssen, politischem Interesse und Demokratiezufriedenheit herangezogen. Das Bild für die Wahlbeteiligung sowie für die unkonventionelle Partizipation ist aus der Forschung bekannt: Je höher der Schulabschluss, desto eher beteiligt sich eine Person politisch (vgl. Abbildung 3). Für die Wahlbeteiligung fällt aufgrund des hohen Niveaus diese Selektivität etwas geringer aus. Befragte mit Abitur nehmen anderthalb Mal so häufig an Wahlen und Volksabstimmungen teil wie Personen mit einem Hauptschulabschluss, aber fast doppelt so häufig an Petitionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und so weiter.

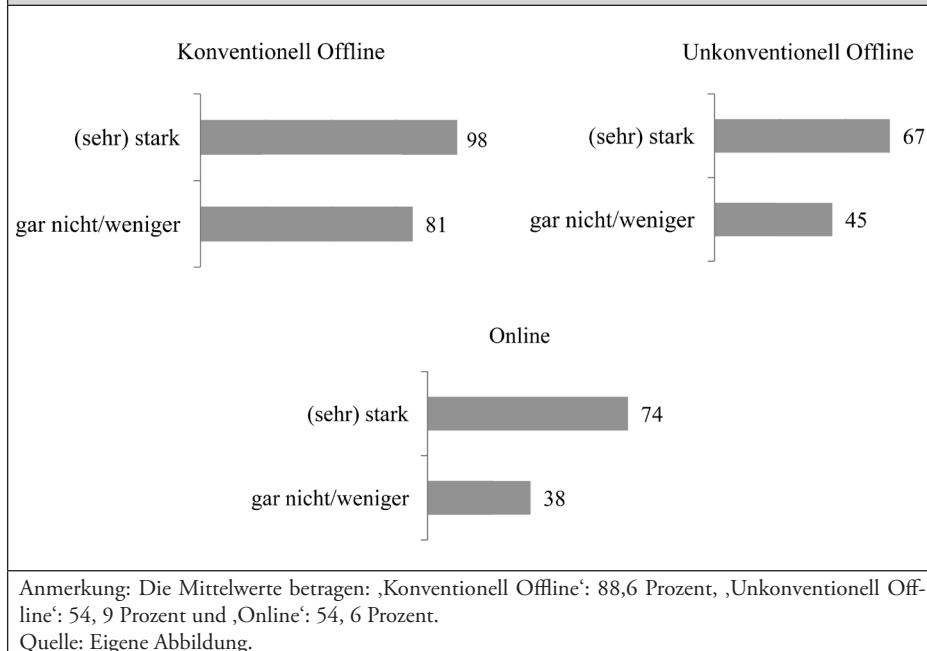
Die Verteilung im Hinblick auf die Beteiligung online ist jener der unkonventionellen offline-Partizipation sehr ähnlich. Angesichts der in Tabelle 1 präsentierten Befunde überrascht dieses Ergebnis nicht, denn tendenziell werden beide Partizipationsarten von denselben Personen genutzt.

Frage man nach den Selektivitätseffekten multipler Partizipationsmöglichkeiten, zeigt sich, dass Personen mit Hochschulreife im Mittel eine Partizipationsart mehr nutzen (nämlich 2,25 von den drei möglichen) als Befragte mit einem Hauptschulabschluss (vgl. Abbildung 4). In dieser bivariaten Betrachtung beeinflusst das Bildungsniveau die individuelle Partizipationswahrscheinlichkeit also – entgegen den Erwartungen der vierten Hypothese – online nicht weniger als offline.

Mit Blick auf das Ziel, die politische Gleichheit mit Hilfe des Internets zu stärken, sind diese deskriptiven Befunde ernüchternd. Jene Mechanismen, die in der „realen Welt“ auf die individuelle Beteiligungswahrscheinlichkeit wirken, üben auch auf das politische Engagement online Einfluss aus. Trotz der geringen Anforderungen an die Ressourcen der Beteiligten gelingt es offensichtlich bislang kaum, den Kreis der politisch Engagierten in Deutschland durch das Internet zu erweitern und die soziale Kluft in der Nutzung der Partizipationsangebote zu schließen. Zwar bieten die neuen Medien neue Möglichkeiten, doch werden diese vor allem von jenen jungen Erwachsenen genutzt, die ohnehin schon politisch aktiv sind.

56 Vgl. Armin Schäfer, a.a.O. (Fn. 3).

Abbildung 5: Beteiligungshäufigkeit nach politischem Interesse (in Prozent)

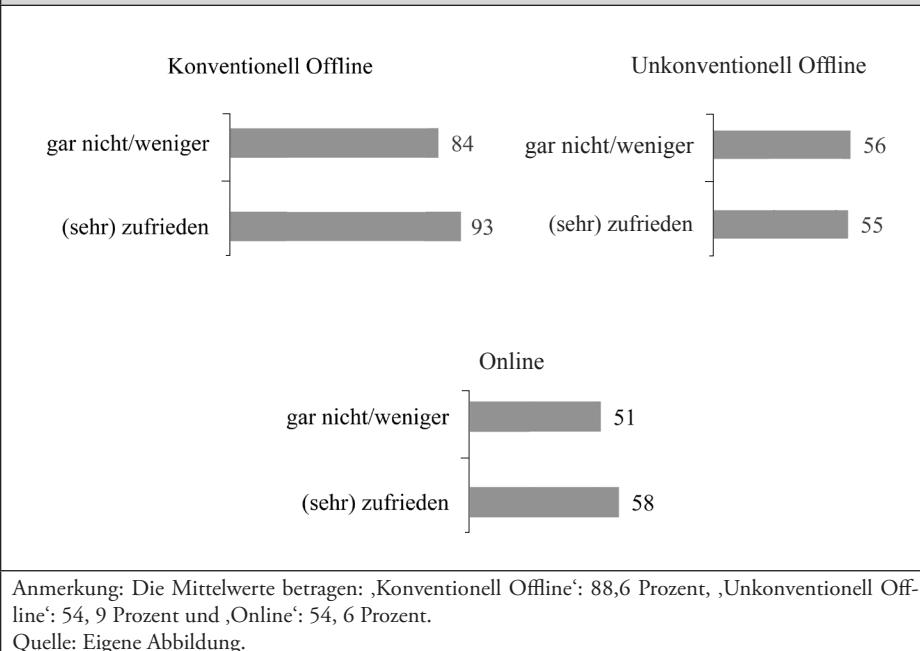


Die fünfte und letzte Hypothese, die sich auf die Aktivierung der unzufriedenen oder kritischen Bürger bezieht, ist operational als Zusammenhang von politischem Interesse und Demokratiezufriedenheit⁵⁷ mit den Beteiligungshäufigkeiten zu fassen (vgl. Abbildungen 5 und 6). Für alle Beteiligungsarten gilt, dass größeres Interesse mit einer höheren Partizipationswahrscheinlichkeit einhergeht. Politisch (sehr) Interessierte gehen mit einer um 20 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit zu Wahlen und Volksabstimmungen, nutzen mit einer 50-prozentig höheren Wahrscheinlichkeit unkonventionelle Möglichkeiten und machen fast doppelt so häufig von Partizipationsangeboten online Gebrauch wie die wenig oder gar nicht interessierten Personen. Es sind mithin nicht die Desinteressierten, die sich nebenher online ausnahmsweise beteiligen, sondern die dezidiert politisch Neugierigen – was ebenfalls gegen die Etablierung von spaß-orientiertem „slacktivism“ spricht (vgl. Hypothese 2).

Hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit findet sich allerdings ein deutlich schwächerer Zusammenhang. Zwar führt Unzufriedenheit zu einer geringeren Wahlbeteiligung, aber auf die unkonventionelle Offline-Beteiligung hat sie nur einen geringen Einfluss, und für die Online-Beteiligung findet sich ein der fünften Hypothese widersprechender Zusammenhang. Denn auch hier gilt, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland eher zu Apathie führt.

57 Aus den vier Antwortkategorien der beiden Items gar nicht beziehungsweise weniger interessiert und stark beziehungsweise sehr stark interessiert wurden ebenso binäre Variablen erstellt wie aus gar nicht beziehungsweise weniger zufrieden und zufrieden beziehungsweise sehr zufrieden.

Abbildung 6: Beteiligungshäufigkeit nach Demokratiezufriedenheit (in Prozent)



4.3. Erklärungsmodell der Partizipation online und offline

Um die Hypothesen 3 bis 5 multivariat zu testen, werden logistische Regressionsmodelle geschätzt. Die abhängigen Variablen bilden wiederum die konventionelle und unkonventionelle Partizipation offline sowie die Online-Beteiligung. Zwar konnten *Smets* und *van Ham*⁵⁸ in ihrer Meta-Analyse der internationalen Wahlbeteiligungsorschung zeigen, dass kein etabliertes Kernmodell zur Erklärung von Partizipation existiert, dennoch können mit Blick auf fünf die Forschung dominierende Perspektiven oder Ansätze eine Reihe von Individualvariablen bestimmt werden, die häufig und signifikant zur Erklärung von politischer Beteiligung beitragen.

Smets und *van Ham* unterscheiden den Rational-Choice-Ansatz mit seinem Fokus auf Kosten-Nutzen-Relationen, den Ressourcenansatz, der auf den sozio-ökonomischen Status der Bürger und deren Wissensbestände abhebt, den Mobilisierungsansatz, durch den politische Kampagnen in den Blick geraten, einen im engeren Sinn soziologischen Ansatz, der sich auf habituelle Faktoren und die Sozialisation einer Person konzentriert sowie einen (sozial-)psychologischen Ansatz, der Einstellungen und Prädispositionen wie politisches Interesse und Wirksamkeit (efficacy) oder die Nähe zu Parteien in den Mittelpunkt rückt. Von den von *Smets* und *van Ham* identifizierten 176 unterschiedlichen erklärenden Indi-

58 Vgl. *Kaat Smets / Carolien van Ham*, The Embarrassment of Riches? A Meta-analysis of Individual-level Research on Voter Turnout, in: *Electoral Studies*, 32. Jg. (2013), H. 2, S. 344 – 359.

vidualvariablen, fanden weniger als fünf Prozent in mehr als einem Viertel der Studien Verwendung. Mit dem Alter und der Bildung tauchten die beiden am häufigsten einbezogenen Variablen in nur etwas mehr als 70 Prozent der Untersuchungen auf. In Ermangelung eines Kernmodells wurde hier – neben den sich aus dem spezifischen Erkenntnisinteresse ergebenden Erklärungsfaktoren der Bildung, des politischen Interesses sowie der Demokratiezufriedenheit – auch das Alter, das Geschlecht (0 = weiblich), das Einkommen⁵⁹, Personen in Beschäftigung (Hausmänner und -frauen, Arbeitslose versus Voll- oder Teilzeitberufstätige, in Lehre oder Studium) sowie ein Ost-West-Dummy als Kontrollvariablen modelliert (vgl. Tabelle 2).⁶⁰

Die abhängige Variable in Modell 1 ist die Beteiligung im konventionellen Bereich, das heißt Wahlen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene sowie Volksentscheide. Im zweiten Modell fungiert unkonventionelle Offline-Partizipation als Zielvariable, in Modell 3 die Online-Beteiligung. Die Modelle sind hinsichtlich der Erklärungsgrößen identisch. Der so genannte model-fit variiert beträchtlich: Am besten gelingt die Anpassung für die Wahlbeteiligung, relativ schlecht erklären die verwendeten Daten die unkonventionelle Beteiligung.

Erwartungsgemäß zeigt sich ein signifikanter Einfluss der Bildung: Im Vergleich zu einer Person mit einem Hauptschulabschluss liegt die Beteiligungswahrscheinlichkeit im konventionellen Bereich für Personen mit Mittlerer Reife um etwa sieben Prozentpunkte höher, bei der Hochschulreife um etwa zwölf Prozentpunkte. In den Modellen 2 und 3 findet sich nur ein statistisch belastbarer Effekt für die Hochschulreife, der allerdings deutlich größer ausfällt. Im Vergleich zu Personen mit niedriger Bildung steigt die Wahrscheinlichkeit, sich an Demonstrationen, Petitionen und so weiter zu beteiligen, *ceteris paribus* um 24 Prozentpunkte und die Online-Partizipation um 17 Punkte an.

Es bestätigen sich somit auch in multivariater Prüfung die in den Abbildungen 3 und 4 berichteten Befunde von der relativ größeren Bedeutung der Bildung hinsichtlich der unkonventionellen Beteiligung. Wie vermutet, hat innerhalb dieser Kohorte das Einkommen keine Erklärungskraft für die Partizipation, jedoch zeigen sich innerhalb der Gruppe der 22- bis 35-Jährigen positive Effekte des Alters sowie der Nicht-Erwerbslosigkeit im Hinblick auf die Wahlbeteiligung. Überraschend ist darüber hinaus der signifikante Effekt der Ost-West-Variable: Personen in den neuen Bundesländern (inklusive Berlin) nutzen das Internet mit einer um 15 Punkte höheren Wahrscheinlichkeit zu politischen Zwecken.

Der Frage nach der Beteiligung der kritischen oder unzufriedenen Bürger wird mittels der multiplikativen Interaktion aus politischem Interesse und Demokratiezufriedenheit (im Sinne einer generalisierten Performanzbewertung, vgl. Fußnote 49) nachgegangen. Für die Wahlbeteiligung kann unabhängig von der Zufriedenheit ergänzend konstatiert werden, dass Interessierte eine erhöhte Beteiligungswahrscheinlichkeit aufweisen (etwa zehn Prozentpunkte). Ähnliches gilt für die unkonventionelle Beteiligung offline: Zwar bewirkt ein (sehr) starkes Interesse einen Schub (um etwa 20 Punkte), wiederum ist es allerdings irrelevant, ob eine Person mit der Demokratie zufrieden oder unzufrieden ist.

59 Die genaue Operationalisierung der verwendeten Variablen kann unter http://www.hsu-hh.de/politiktheorie/index_XOQGMOIIQ10DTTXq.html abgerufen werden.

60 Die Internetnutzung ist nicht als Kontrollvariable enthalten. Da bei den unter 40-Jährigen 2013 über 95 Prozent online sind, vgl. *Birgit van Eimeren / Beate Frees*, a.a.O. (Fn. 7), liegt hier schlichtweg keine Varianz vor, die helfen kann, Partizipationsunterschiede zu erklären.

Tabelle 2: Regressionsmodelle zur Erklärung der Partizipationsarten

Variable	Modell 1	Modell 2	Modell 3 ^a
	Wahl/Volksentscheid	offline	Online
Politisches Interesse	1.22* (0.55)	1.01** (0.37)	1.98*** (0.37)
Demokratiezufriedenheit	0.16 (0.55)	-0.43 (0.30)	0.48 (0.30)
Politisches Interesse X Demokratiezufriedenheit	0.50 (0.92)	-0.11 (0.44)	-1.02* (0.45)
Realschulabschluss	1.43** (0.53)	0.10 (0.36)	0.33 (0.37)
Hochschulreife	2.03*** (0.57)	0.73* (0.36)	0.90* (0.37)
Einkommen	0.08 (0.13)	0.02 (0.06)	-0.06 (0.06)
Alter	0.12* (0.05)	0.01 (0.03)	-0.03 (0.03)
Geschlecht (RK: Frau)	0.11 (0.46)	-0.40 (0.21)	0.10 (0.21)
Berufstätig/ in Ausbildung und ähnliches	1.23* (0.54)	0.27 (0.36)	0.46 (0.35)
Ost	-0.47 (0.47)	0.19 (0.25)	0.57* (0.25)
Konstante	-4.17* (1.69)	-0.79 (0.93)	-0.70 (0.92)
Fallzahl	852	852	852
Pseudo R ² (McFadden)	0.26	0.08	0.13
Log-Likelihood	-145.3	-541.6	-504.2
Korrekt klassifizierte Fälle	94 Prozent	67 Prozent	68 Prozent

Anmerkung: Standardfehler in Klammern; * p<0.05; ** p<0.01; *** p<0.001.

Bei den Koeffizienten in der Tabelle handelt es sich um unstandardisierte Logit-Koeffizienten, die sich einer direkten, einfachen substanziellem Interpretation entziehen. Koeffizienten über Null bedeuten eine Erhöhung der Wahrscheinlichkeit der jeweiligen Partizipationsart, negative eine Verringerung. So ist die Wahrscheinlichkeit, werden alle anderen Variablen konstant gehalten, dass Ostdeutsche wählen gehen, geringer. Sie beteiligen sich aber im Vergleich zu Westdeutschen mit etwas höherer Wahrscheinlichkeit unkonventionell, wobei lediglich für die Online-Partizipation der Zusammenhang als statistisch signifikant, das heißt als überzufällig zu bezeichnen ist.

^a Um eine mögliche Verzerrung der Ergebnisse für die Online-Partizipation durch Beteiligungsarten mit vergleichsweise geringem Aufwand zu überprüfen, wurde das Modell 3 ebenfalls nur mit den häufigsten Beteiligungsarten online – dem Weiterleiten, dem „Gefällt mir“-Klicken und den Online-Petitionen/-Unterschriftensammlungen – geschätzt. Die Ergebnisse (hier nicht präsentiert) bleiben in der Substanz unverändert.

Quelle: Eigene Berechnung

Tabelle 3: Verteilung von politisch Interessierten und mit der Demokratie in der BRD Zufriedenen (in Prozent)

		Demokratiezufriedenheit	
		Gar nicht/weniger zufrieden	Zufrieden/sehr zufrieden
Politisches Interesse	Stark/sehr stark	15	31
	Gar nicht/weniger stark	26	28

Quelle: Eigene Berechnung.

Ganz anders dagegen bei der Online-Beteiligung. Hier verdoppelt die Unzufriedenheit die Partizipationswahrscheinlichkeit (20 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation für zufriedene Interessierte zu 40 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation für unzufriedene Interessierte). Es sind somit, entsprechend der in Hypothese 5 dargelegten Vermutung, insbesondere die so genannten critical citizens, die sich online beteiligen. Zwar sind unter den Interessierten mit 31 Prozent der Befragten deutlich mehr Personen (sehr) zufrieden mit der Demokratie, aber immerhin 15 Prozent sind weniger oder gar nicht zufrieden (vgl. Tabelle 3). Für sie stellt das Netz einen alternativen Partizipationsweg dar – und hier liegt offenbar das zentrale Potential der neuen Medien begründet, Menschen zu politischem Engagement zu bewegen, die ansonsten nicht oder nur selten politisch partizipieren.

5. Online-Partizipation: politisch motiviert, sozial selektiv, symbolisch - Fazit und Ausblick

Das Internet wird immer wieder als Heilmittel gegen die sinkende Wahlbeteiligung, insbesondere der jüngeren Generation, angesehen. Kann es tatsächlich dabei helfen, diejenigen zu erreichen, die nicht mehr den Weg an die Wahlurne antreten? Dafür müssten zwei Bedingungen erfüllt sein: Die politische Aktivität online muss von politischen Motiven angeleitet sein und die Beteiligung im Internet muss eine geringere soziale Selektivität aufweisen, als dies offline der Fall ist.

Drei Ergebnisse unserer Analysen einer repräsentativen Befragung junger Erwachsener in Deutschland sind dazu von besonderer Bedeutung: Erstens dominieren politische Motive das Verhalten der Netzaktiven. Reiner Spaß und andere mit „slacktivism“ verbundene Verhaltensintentionen sind online kaum weiter verbreitet als bei konventioneller Beteiligung. Viele junge Bürger möchten aber via Internet auf Missstände hinweisen oder ein Zeichen setzen, auch wenn sie nicht glauben, damit politisch viel zu bewirken. Für die Partizipationsforschung bedeutet dies, dass dem Begriff der symbolischen Partizipation in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zukommen sollte. Gerade mit Blick auf demokratische Innovationen sollte differenziert analysiert werden, welche Motive der jeweiligen Nutzung politischer Angebote zugrunde liegen. Angesichts der von den Bürgern perzipierten sinkenden Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit demokratischer Institutionen auf der national-staatlichen Ebene ist zu erwarten, dass neben dem Versuch der Einflussnahme zunehmend auch andere Motive politische Aktivität begründen. Entsprechende Formen politischen Engagements nicht oder nur undifferenziert in die Analyse mit einzubeziehen, birgt nicht nur hinsichtlich internetbasierter politischer Aktivität das Risiko einer gravierenden Fehl-

einschätzung des Engagements und der Mobilisierbarkeit der Bürger. Diese können nur mit einem zugleich analytisch präzisen und zeitgemäßen Instrumentarium angemessen erfasst werden; und dazu bedarf es der Unterscheidung zwischen politischer und symbolischer politischer Partizipation.

Zweitens ähnelt die soziale Selektivität in Hinblick auf die Bildungsungleichheit bei der Online-Partizipation jener der unkonventionellen Partizipation offline. Sie ist damit stärker ausgeprägt, als dies bei der Wahlbeteiligung der Fall ist. Daher kann nicht von einer komplementären Nutzung der Partizipationsangebote im Internet gesprochen werden. Personen, die offline aktiv sind, dominieren auch die Beteiligung im Online-Bereich. Abweichungen von diesem Muster finden sich, und das ist die dritte wichtige Erkenntnis dieser Studie, lediglich hinsichtlich der so genannten critical citizens, also der politisch interessierten, aber unzufriedenen jungen Erwachsenen. Sie neigen verstärkt dazu, das Internet für ihre politische Beteiligung zu nutzen. Ein entsprechender Zusammenhang besteht hingegen nicht bei konventioneller oder unkonventioneller Beteiligung offline.

Die soziale Ungleichheit in der Nutzung politischer Beteiligungsangebote stellt auch im digitalen Zeitalter ein Legitimationsproblem für die Etablierung innovativer Beteiligungsangebote (zum Beispiel Bürgerhaushalte) dar. Selbst wenn der Zugang aller Bürger zum WWW gewährleistet ist (was derzeit noch nicht auf alle Altersgruppen in Deutschland zutrifft), stellt sich die Frage, ob Partizipationsmöglichkeiten, die einen starken sozialen „bias“ in der Nutzung durch die Bürgerschaft aufweisen, institutionell aufgewertet werden sollten. Für eine solche Aufwertung sprechen – das belegen die hier präsentierten Daten – die Häufigkeit und die Ernsthaftigkeit, mit der Partizipationsangebote im Internet bereits heute durch jüngere Alterskohorten genutzt werden. Auch wenn das WWW bislang höchstens vereinzelt politische Aktivität offline substituiert, ist eine solche Entwicklung angesichts des geringen Ressourcenbedarfs künftig nicht auszuschließen. Zudem bietet das Internet vielfältige Möglichkeiten, dem Wunsch bestimmter Bevölkerungsgruppen nach mehr Beteiligung zu entsprechen. Dass die soziale Verzerrung online aber noch stärker ausgeprägt ist, als dies bei vielen etablierten konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen der Fall ist, spricht derzeit gegen eine Ausweitung unmittelbar entscheidungsrelevanter Partizipationsangebote im Internet.

Mittelfristig kann sich das Internet aber durchaus zu einer tragenden Säule in der „veränderten Legitimationsarchitektur“⁶¹ zeitgenössischer Demokratie entwickeln. Symbolische Partizipation wird dabei – online wie offline – wohl eine wichtige Rolle spielen: Als Mittel zur Reduktion von Komplexität wird neben „echter“ Partizipation auch der kommunikative Austausch zwischen den Bürgern über politische Problemlagen und Agenden an Bedeutung gewinnen. Die Demokratie kann von diesen Entwicklungen, gerade angesichts der wachsenden Distanz zwischen den Bürgern und ihren politischen Repräsentanten, profitieren.

Dies gilt jedoch vor allem dann, wenn die symbolische Partizipation weniger stark als bislang von Beteiligungsunterschieden verschiedener sozialer Gruppen geprägt ist. Die Suche nach Wegen zur Politisierung jener Bürger, die sich derzeit nicht oder nur selten politisch beteiligen, bleibt deshalb eine wichtige Aufgabe.

61 Ulrich Sarcinelli, a.a.O. (Fn. 38).

Ein nicht zu unterschätzender Gewinn für die Demokratie wäre es aber bereits, wenn das Internet dazu beitragen könnte, unzufriedene Demokraten oder „critical citizens“ zu politischer Partizipation zu mobilisieren. Ob der in diesem Beitrag identifizierte Zusammenhang zwischen politischem Interesse, Demokratiezufriedenheit und politischer Partizipation online einen längerfristig wirksamen Trend darstellt, ist in weiteren Studien zu ermitteln. Besonders interessant erscheint dabei der Vergleich zwischen verschiedenen Altersgruppen: Werden jüngere Menschen generell eher als ältere im Internet aktiv, wenn sie sich über politische Entscheidungen oder über Handlungsweisen ärgern? Oder hängen Ort und Medium des Protestes davon ab, welche politischen Themen oder Gegenstände zur Disposition stehen?

Eine Fülle an Forschungsfragen ist mit Blick auf die politische Partizipation online und offline also noch zu beantworten. Für die „digital natives“ – so zeigt diese Studie – ist das Internet bereits heute ganz selbstverständlich ein Teil ihres politischen Lebens. Ähnlich selbstverständlich sollte auch die Partizipationsforschung die digitalen Partizipationsangebote in ihre Arbeiten einbeziehen.

Entfremdung in der Schule der Demokratie? Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten bei lokalen Planungen aus Sicht von Bürgern und Politikern

Sebastian Kuhn und Markus Tausendpfund

„Lügenpack, Lügenpack“ riefen die Demonstranten im Spätsommer 2010 bei den so genannten „Montagsdemos“ am Stuttgarter Bahnhof der Deutschen Bahn als Bauherr des Projekts „Stuttgart 21“ und den Projektbefürwortern im baden-württembergischen Landtag, im Stuttgarter Gemeinderat sowie dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt entgegen.¹ Die so genannten „Wut-Bürger“² brachten damit ihre Unzufriedenheit mit der Informationspolitik und den Beteiligungsmöglichkeiten an der Planung des Infrastrukturprojekts zum Ausdruck. Während die Gegner von Stuttgart 21 in einigen Medienberichten etwas despektierlich als fortschrittsfeindlich oder egoistisch beschrieben wurden, kamen Britta Baumgarten und Dieter Rucht auf Basis einer Befragung von Demonstrationsteilnehmern zu einem anderen Schluss: „Vielmehr überwiegen breiter und tiefer angelegte Motive, insbesondere die Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie auf lokaler und regionaler

- 1 Vgl. Frank Bretschneider, Die „Schlichtung“ zu „Stuttgart 21“ – Wahrnehmungen und Bewertungen durch die Bevölkerung, in: ders. / Wolfgang Schuster (Hrsg.), Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, Wiesbaden 2013, S. 185 – 208, S. 185. Stuttgart 21 ist zwar kein typisches Beispiel für ein lokales Projekt im engeren Sinne, aber die Proteste gegen den Bau des neuen Bahnhofs haben sich primär auf der lokalen Ebene entzündet.
- 2 Vgl. Dirk Kurbjuweit, Der Wutbürger. Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren, in: Der Spiegel vom 11. Oktober 2010, S. 26 – 27.